

Nr. 13 · 8.4.2011 · 0,73 €

Wochenmagazin der **SPÖ**

aktuell



Arbeitsmarkttöffnung 1. Mai:

Klare Regeln für Löhne und Arbeitsplätze

Mit 1. Mai wird die Arbeitnehmerfreizügigkeit für acht osteuropäische EU-Staaten verwirklicht, die Übergangsfristen für den österreichischen Arbeitsmarkt enden dann. Vielfach wurde die Sorge geäußert, der heimische Arbeitsmarkt würde nun von Arbeitnehmern aus diesen Staaten „überlaufen“. Dass diese Befürchtungen unbegründet sind, erklärt Sozialminister Rudolf Hundstorfer in einem Interview in dieser Ausgabe. Vor allem das kürzlich beschlossene Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping wird dafür sorgen, dass Arbeitnehmerrechte und das Lohnniveau nicht unterwandert werden.

Unsere Serie über Bruno Kreisky, seine Persönlichkeit und seine Politik, endet in dieser Ausgabe mit einer Betrachtung des Verhältnisses Kreiskys zur Kunst und den Künstlern. In den vergangenen Wochen haben wir die verschiedenen Aspekte von Kreiskys Wirken in insgesamt elf Teilen behandelt. Die komplette Serie wird in Kürze auch elektronisch zum Nachlesen zur Verfügung stehen. Informationen dazu im nächsten „SPÖ Aktuell“.

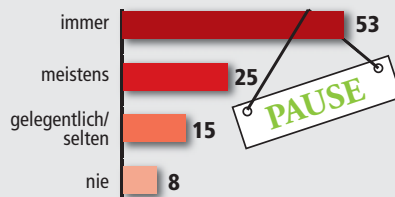
Eure Redaktion



Gastkommentar vom Präsidenten der Internationalen Naturfreunde und Energieexperten Manfred Pils zum Thema Atomausstieg sowie Neues aus dem „2020“-Prozess Seite14
Termine Seite15

Pausen im Job

Angestellte gesamt (Angaben in Prozent)



Quelle: APA/IFES | Grafik: SPÖ

Have a break

Wer länger als sechs Stunden arbeitet, hat das Recht auf eine halbe Stunde Pause. Ein Recht, von dem noch längst nicht alle Angestellten Gebrauch machen. Eine aktuelle IFES-Studie zeigt, dass nur knapp über die Hälfte der Angestellten immer pausieren. Dabei gilt laut Arbeitsmedizinern das Motto: Mehr Pausen, weniger Erkrankungen. ♦

Zimmer



Gesundheitsminister Alois Stöger sieht „Patientinnen und Patienten im Mittelpunkt aller Reformvorhaben“.

Startschuss für Spitalsreform

Die Verhandlungen von Bund, Ländern und Sozialversicherung über die Spitalsreform haben begonnen. Der erste Beschluss: Die Qualität von Spitälern soll besser vergleichbar sein. Der nächste Schritt ist ein Kassasturz, um Klarheit über die finanzielle Lage der Spitäler zu gewinnen. ♦



Zwei Verkehrsminister, ein Ziel: Ministerin Bures und ihr deutscher Amtskollege Ramsauer wollen mit E-Mobilität Treibhausgase einsparen.

E-Mobil: Das spart viel

In Berlin gab es vor kurzem ein österreichisch-deutsches „Gipfeltreffen“ in Sachen E-Mobilität. Bei diesem Treffen hat Infrastrukturministerin Doris Bures mit ihrem deutschen Amtskollegen Peter Ramsauer besprochen, wie Klimaschutz und Verkehr in Einklang gebracht werden können. Eine Schlüsselrolle spielt dabei die E-Mobilität. E-Autos sind im Vergleich zu Autos mit herkömmlichem Verbrennungsmotor dreimal so energieeffizient. Daher setzen Deutschland als größter Automobilproduzent und Österreich mit seiner starken Autozulieferindustrie auf Zusammenarbeit und Innovation. ♦

Zitat der Woche

„Nicht nur Stimmenkauf, sondern politisches Tätigwerden gegen Bezahlung durch Dritte - das muss strafbar werden, daran kann kein Zweifel bestehen.“

SPÖ-Klubobmann Josef Cap

Justiz: Blindflug bei Eurofighter-Ermittlungen?

Die Eurofighter-Verfahren gegen den ehemaligen „Airchief“ Wolf und das Ehepaar Rumpold wurden eingestellt. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter übt deshalb scharfe Kritik an der Staatsanwaltschaft.

Für Günther Kräuter sind die Einstellung und die Art der Ermittlungen „ein Justizdesaster der Sonderklasse“. Die Begründung, dass es offensichtlich niemanden gäbe, der sich geschädigt fühlt, ist völlig unverständlich.“ Schließlich muss die Bevölkerung jahrzehntelang für den Eurofighter-Deal mit Milliardensummen an Steuergeld aufkommen. Besonders ärgert Kräuter auch, dass die Staatsanwaltschaft darauf verzichtet hat, die

Konten der Verdächtigen zu öffnen. Gegen den früheren „Airchief“ Wolf war u.a. wegen Amtsmissbrauch und Geschenkkannahme ermittelt worden. Die Rumpold-Agentur hatte einen 6,6 Millionen-Werbevertrag von EADS für eine Eurofighter-Kampagne bekommen; für eine einzige Pressekonferenz waren 96.000 Euro veranschlagt worden, was den Verdacht der versteckten Parteienfinanzierung genährt hatte. ♦



Günther Kräuter: Wenn die Justiz ordentlich ermitteln würde, hätte sie Kontenöffnungen rund um den Eurofighter-Deal angeordnet.



Bankenabgabe wird nicht weitergegeben

Die SPÖ hat gegen große Widerstände der Finanzwelt die Bankenabgabe erkämpft. Unser nächstes Ziel ist es, eine europaweite Finanztransaktionssteuer einzuführen. Dieses Ziel rückt in greifbare Nähe, ob es einigen Generaldirektoren passt oder nicht.

BKA



Gemeinsam für mehr Gerechtigkeit: Staatssekretär Josef Ostermayer, Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz und Bundeskanzler Werner Faymann beim Weltwirtschaftsforum in Davos.

„Ob die Generaldirektoren der Großbanken wollen oder nicht: Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist nur mehr eine Frage der Zeit.“

Regierungsposition. Eine Online-Petition zur Einführung der Transaktionssteuer wurde europaweit binnen kurzer Zeit von mehr als einer halben Million Menschen unterzeichnet.

Wer seine Ziele realisieren möchte, muss diese hartnäckig verfolgen. Mit einiger Beharrlichkeit gelang es dem Kanzler schließlich sogar, die konservative deutsche Kanzlerin Angela Merkel von der Notwendigkeit einer Finanztransaktionssteuer zu überzeugen. Die Fakten sprechen ohnehin eine klare Sprache. Bereits ein Steuersatz von nur 0,01 Prozent würde EU-weit rund 82 Mrd. Euro an zusätzlichem Steueraufkommen bedeuten. Das sind rund 65 Prozent des EU-Budgets.

Wir werden immer mehr Regierungen auf unsere Seite ziehen. Ob die Generaldirektoren der Großbanken wollen oder nicht: Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist nur mehr eine Frage der Zeit. Wir können uns die Schlagzeilen, die diese Direktoren produzieren werden, schon vorstellen: „Finanztransaktionssteuer auf Kunden abwälzen“ werden diese wohl lauten. Diesmal sollten die Lenker der großen Finanzinstitute dann aber schon wissen, dass das die Sozialdemokratie nicht davon abhalten wird, für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Von leeren Drohungen lassen wir uns nicht bremsen. ♦

Erinnern wir uns an die Schlagzeilen im vergangenen Herbst, als sich die Regierung im Rahmen der Budgetverhandlungen auf die Einführung einer Bankenabgabe einigte. Die Direktoren einflussreicher Großbanken teilten der Politik über in ihrem Besitz stehende Medien mit, man werde diesen Solidarbeitrag der Banken ohnehin auf die Kunden abwälzen. Sie gaben parallel dazu ein paar Kommentare in Auftrag, um das zu untermauern. Die SPÖ hat diese dreiste Ankündigung mehrfach scharf kritisiert und die Möglichkeit, die Bankenabgabe einfach weiterzugeben, infrage gestellt. Ende März stellten Handels- und Oberlandesgericht Wien nun in noch nicht rechtskräftigen Urteilen fest, dass das nicht möglich sein wird. Denn Banken dürfen ihre Entgelte nicht mehr automatisch an den Verbraucherpreisindex anpassen. Das heißt, die Banken dürfen sich nicht so einfach um ihren gerechten Beitrag zur Budgetkonsolidierung herumschwindeln.

Wir fühlen uns durch diese vorläufigen Entscheidungen in unserer Überzeugung bestätigt, dass jene einen gerechten Beitrag zur Konsolidierung beitragen müssen, die maßgeblich zur Krise beigetragen haben. Was

nach den Gerichtsurteilen leider ausblieb, waren ebenso große Schlagzeilen in manchen Printmedien, dass die Banken die Abgabe nicht abwälzen dürfen. Zum Teil war diese für die Bevölkerung nicht unwichtige Nachricht den Medien nicht einmal eine Kurzmeldung wert. Das ist bedauerlich, wird aber auch von immer mehr Lesern durchschaut.

Nach der Bankenabgabe warten die nächsten großen Vorhaben auf ihre Umsetzung. Schon der große Ökonom John Maynard Keynes dachte in den wirtschaftlich schwierigen 1930ern darüber nach, wie man kurzfristige Finanzspekulationen hintanhaltend und längerfristige, nachhaltigere Investitionen fördern könnte. Er dachte an eine Besteuerung dieser Finanzspekulationen. Vor fast 40 Jahren schlug James Tobin die nach ihm benannte Steuer auf Devisengeschäfte vor. Die Sozialdemokratie unterstützt die Forderung nach Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS) seit den neunziger Jahren.

Es war Bundeskanzler Werner Faymann, der nicht mehr locker ließ und in ganz Europa Stimmung für die FTS machte. Er machte diese Forderung auch zur gemeinsamen

Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

www.facebook.com/laurarudas.at



ARBEITSMARKT

Faire Löhne, fairer Wettbewerb, faire Chancen

Österreich ist gut auf die Öffnung des Arbeitsmarktes für Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten vorbereitet. Das Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping schützt das österreichische Lohnniveau und sorgt für einen fairen Wettbewerb.

Am 1. Mai enden die Übergangsfristen, der österreichische Arbeitsmarkt wird für EU-Bürgerinnen und -Bürger aus Polen, Tschechien, der slowakischen Republik, Ungarn, Slowenien und den baltischen Staaten geöffnet. Dieses EU-Grundrecht auf Arbeitnehmerfreizügigkeit war ein Teil der EU-Beitrittsverträge, die „alten“ EU-15 hatten aber die Möglichkeit, ihre Arbeitsmärkte bis zum endgültigen Ablauf der Übergangsfristen für Arbeitnehmer aus den neuen EU-8 nur eingeschränkt zu öffnen. Österreich und

HINTERGRUND

Strenge Kontrollen schützen das österreichische Lohnniveau

» Ein bei der Wiener Gebietskrankenkasse eingerichtetes Kompetenzzentrum kontrolliert, ob nach Österreich entsandte Arbeitnehmer den ihnen laut Kollektivvertrag und Einstufung zustehenden Grundlohn erhalten.

» Die zuständigen Träger der Krankenversicherung stellen eine mögliche Unterentlohnung – auch für österreichische Arbeitnehmer – fest und erstatten Anzeige.

» Im Baubereich wird eine mögliche Unterschreitung des Grundlohns auch durch die Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse geprüft.

» Um die Ermittlungen zu erleichtern, erhalten die zuständigen Organe der Abgabebehörden Betretungs-, Einsichts- und Befragungsrechte.

» Hohe Strafen: Geldstrafe für jeden unterentlohnten Arbeitnehmer: 1.000 bis 10.000 Euro, im Wiederholungsfall 2.000 Euro bis 20.000 Euro. Sind mehr als drei Arbeitnehmer betroffen, so betragen die Strafen pro Arbeitnehmer 2.000 bis 20.000 Euro, im Wiederholungsfall 4.000 bis 50.000 Euro. Bei wiederholten Verstößen oder gravierenden Verstößen wegen Unterentlohnung wird dem Betrieb die Arbeit in Österreich untersagt.



Mit dem Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping wird eine wesentliche Lücke in der Kontrolle geschlossen. Damit ist Österreich eines der führenden Länder bei der Sicherung von Arbeitnehmerrechten.

Deutschland waren die einzigen Länder, die die Übergangsfristen voll ausgeschöpft haben. Diese Zeit wurde genutzt, um gesetzliche Maßnahmen zu entwickeln, die das Unterlaufen kollektivvertraglich festgesetzter Löhne verhindern und die Einhaltung von Arbeitsbedingungen sichern. Dieses Gesetz hat bereits den Nationalrat passiert und wird damit rechtzeitig vor dem 1. Mai in Kraft treten.

Strenge Kontrollen und hohe Strafen

Eine Verlängerung der Übergangsfristen wäre rechtlich nicht möglich gewesen. Ohne gesetzliche Regelungen hätte aber die Gefahr bestanden, dass günstigere Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedstaaten das österreichische Lohnniveau drücken. Ein Beispiel hierfür: Ein polnischer

Handwerksbetrieb, der seinen Arbeitern und Angestellten weniger Gehalt und soziale Absicherung bietet als dies österreichische Handwerksbetriebe tun, kann seine Dienstleistung natürlich auch günstiger anbieten. Die österreichische Bundesregierung war sich dieser Problematik bewusst und hat mit dem Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz ein starkes Kontrollinstrument geschaffen. Konkret bedeutet das, dass die polnische Firma ihre Arbeiter zwar nach Österreich entsenden darf, sie müssen aber auch nach dem österreichischen Kollektivvertrag bezahlt werden und die in Österreich üblichen Arbeitsbedingungen müssen eingehalten werden. Die Einhaltung wird streng kontrolliert, bei wiederholten Verstößen drohen saftige Strafen von bis zu 50.000 Euro oder eine Sperre für den österreichischen Arbeitsmarkt. ♦

bewerb,

STIMMEN

Stimmen zum Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz:



Splola

„Das Gesetz bringt einen großen Fortschritt im Arbeitsrecht, sorgt für mehr Fairness für die Arbeitnehmer und garantiert einen fairen Wettbewerb. Damit ist Österreich für die Arbeitsmarkttöffnung gut gerüstet.“

Renate Csörgits, SPÖ-Sozialsprecherin



SPÖ

„Mit dem Gesetz wird sichergestellt, dass Lohn- und Sozialdumping bekämpft werden und kein Wettbewerb auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen wird.“

Wolfgang Katzian,
Vorsitzender der Gewerkschaft
der Privatangestellten (GPA)



ÖGB

„Das Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping ist ein sozialpolitischer Meilenstein. Menschen, die in Österreich arbeiten, haben das Recht auf österreichische Mindestlöhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen, egal woher sie kommen.“

Erich Foglar, ÖGB-Präsident

INTERVIEW

„Schutz für die österreichischen Betriebe“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer im Gespräch mit „SPÖ Aktuell“ über die Notwendigkeit von Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping und womit nach der Arbeitsmarkttöffnung, mit der ca. 20.000 zusätzliche Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedstaaten nach Österreich kommen werden, zu rechnen ist.



Lehmann

wakische Baufirma, die ihren Arbeitern 10, 15 Prozent weniger bezahlt, kann natürlich auch die Aufträge billiger anbieten. Diese Gefahr für die österreichischen Betriebe und Arbeitnehmer konnte durch das Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping abgewendet werden.

Sie haben das Lohn- und Sozialdumpinggesetz als wichtigen Teil einer Step-By-Step-Politik bezeichnet. Was meinen Sie damit genau?

Hundstorfer: Bereits seit 2006 gibt es eine schrittweise Migration aus den neuen EU-8. Diese lief über die sogenannte Mangelberufsliste und die Schlüsselarbeitskräfteverordnung und hat dazu geführt, dass schon jetzt ca. 87.000 Arbeitskräfte aus den EU-8 in Österreich arbeiten. Aus diesem Grund kamen auch das Wirtschaftsfororschungsinstitut und weitere Studien zu dem Ergebnis, dass durch die Öffnung des Arbeitsmarktes unter Anführungszeichen „nur“ noch 20.000 bis 25.000 weitere Menschen aus diesen Ländern zu uns kommen werden, um in Österreich zu arbeiten.

Sind noch weitere Schritte geplant?

Die Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping werden pünktlich zur Öffnung des Arbeitsmarkts am 1. Mai in Kraft treten.

„SPÖ Aktuell“: In der letzten Sitzung des Nationalrats wurde das sogenannte Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz beschlossen. Was wäre passiert, wenn Österreich keine Vorbereitungen für die Öffnung des Arbeitsmarktes für die neuen EU-Mitgliedstaaten, die sogenannten EU-8, getroffen hätte?

Rudolf Hundstorfer: Das Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping ist ein weiterer, sehr wichtiger Teil in unserer diesbezüglichen Step-By-Step-Politik, die wir schon viele Jahre betrieben haben. Ich bin sehr froh über dieses Gesetz, denn ohne hätte man die Einhaltung des österreichischen Lohnniveaus oder der sonstigen Arbeitsbedingungen kaum kontrollieren können. Der zweite Punkt ist, dass die Wirtschaft natürlich auch sehr dahinter war, dass das Gesetz umgesetzt wird. Es schützt ja auch die österreichischen Betriebe. Die Lohnunterschiede zwischen Österreich und beispielsweise der Slowakei sind ja nicht mehr so gravierend wie vor einigen Jahren, wo sie noch 40, 50 Prozent betragen haben, aber sie sind nach wie vorgegeben. Und eine slo-

Hundstorfer: Das Lohn- und Sozialdumpinggesetz ist ein sehr gutes Gesetz mit strengen Kontrollen und harten Sanktionen bei Verstößen. Wir arbeiten aber noch an weiteren Verbesserungen, was die Exekution von Strafen betrifft. Verstößt eine ausländische Firma gegen die Gesetze, kann die Strafe im Ausland derzeit noch schwer exekutiert werden. Da allerdings die Möglichkeit besteht, die betreffende Firma für die Arbeit in Österreich zu sperren, gehen wir davon aus, dass eventuelle Strafen auch bezahlt werden. Um die Exekution von Strafen bei ausländischen Firmensitzen zu erleichtern, arbeiten wir gerade an weiteren entsprechenden Verwaltungsübereinkommen, wie sie beispielsweise schon jetzt mit der Bundesrepublik Deutschland existieren. ♦

ATOM-AUSSTIEG

Erstes Arbeitstreffen in Wien

Vor kurzem begrüßte Bundeskanzler Werner Faymann SPD-Chef Sigmar Gabriel in Wien, um die europaweite Bürgerinitiative für den Atom-Ausstieg auf den Weg zu bringen. Noch 2011 soll ein Anti-Atom-Gipfel in Wien stattfinden.



Bundeskanzler Werner Faymann und SPD-Chef Sigmar Gabriel: Breite Bündnisse für den Atom-Ausstieg schmieden.

Für Bundeskanzler Faymann ist klar, dass man bei der europaweiten Bürgerinitiative auch über Parteigrenzen hinweg Unterstützung finden

HB/Wenzel muss. „Eine Bürgerinitiative ist ja kein Selbstzweck. Das Wichtigste ist das Ziel – also der Atom-Ausstieg.“ Neben der SPD und anderen sozialdemokratischen Parteien Europas will der Bundeskanzler daher auch NGOs wie Greenpeace oder Global 2000 und die Gewerkschaften mit ins Boot holen. „Sie sollen eine entscheidende Rolle einnehmen“, betonte Faymann. Und diese neuen Allianzen tragen auch schon erste Früchte: Die SPÖ unterstützt die Global 2000-Petition „www.atomausstieg.at“ (mehr Infos dazu in den Net News auf Seite 15).

SPD-Chef Gabriel zeigte sich nach dem Gespräch mit Faymann Feuer und Flamme für das gemeinsame Vorhaben. „Mit einer solchen europäischen Volksinitiative bekommen ab dem nächsten Frühjahr die europäischen Bürgerinnen

„Eine Bürgerinitiative ist ja kein Selbstzweck. Das Wichtigste ist das Ziel – also der Atom-Ausstieg.“

Bundeskanzler Werner Faymann

und Bürger das Recht, ein politisches Thema auf die Tagesordnung der Kommission zu setzen. Das ist eine Chance, die wir nutzen müssen“, sagte der SPD-Chef.

Anti-Atom-Gipfel in Wien

Noch heuer will Bundeskanzler Faymann im Zuge der Vorbereitungen für die europäische Bürgerinitiative zu einer Anti-Atom-Konferenz nach Wien laden. Auch hier ist ein möglichst breites Bündnis das Ziel. Die Konferenz steht neben Umweltorganisationen auch konservativen und Grün-Parteien offen. ♦

LOBBYISTEN

Korruption wird Kampf angesagt

Nach der Affäre Strasser sollen nun die Korruptions- und Lobbying-Bestimmungen verschärft werden. Bundeskanzler Werner Faymann drängt auf eine breite Offenlegung der Parteifinancen.

Bereits kommende Woche wird die Bundesregierung einen Vorschlag für ein strengeres Lobbyisten-Gesetz vorlegen. Unter anderem sollen die Grundlagen für ein Lobbyisten-Register festgelegt werden, in dem neben klassischen Lobbyisten auch Interessensverbände und Kammern erfasst werden sollen. Geplant sind zudem Verhaltensregeln für Lobbyisten. Wer sich nicht an diese Regeln hält, soll aus dem Register gelöscht werden. Und wer lobbyiert, ohne im Register aufzuscheinen, muss mit Strafen rechnen.

Strengere Regeln für Abgeordnete

Einig waren sich die fünf Parlamentsparteien nach einem Gespräch auch über

strengere Regeln für Abgeordnete. Klubobmann Josef Cap sprach sich für eine Verschärfung des Bezüge- und Unvereinbarkeitsgesetzes aus. „Es soll so sein, dass wir gemeinsam von dem Willen getragen sind, dass mehr Sauberkeit in der Politik Einzug hält“, sagte Cap. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe soll bis zum Sommer Gesetzesvorschläge zu Parteispenden und Nebeneinkünften von Abgeordneten erarbeiten. Bundeskanzler Werner Faymann spricht sich für eine breite Offenlegung der Parteifinancen aus. „Für mich gilt: Mehr Transparenz ist besser als weniger“, betonte Faymann nach dem Ministerrat. Neben der Finanzierung der Bundesparteien soll auch die der Landesorganisationen und angegliederter Vereine behandelt werden, so der Bundeskanzler. ♦



Zimmer

Strengere Regeln für Abgeordnete sollen für „mehr Sauberkeit“ in der Politik sorgen, sagt Klubobmann Josef Cap.

LEHRER-DIENSTRECHT

Auftakt nach Maß

Nach intensiven Vorarbeiten haben die Verhandlungen zum neuen Lehrer-Dienstrecht begonnen: Ein Riesenprojekt, das auf gutem Weg ist.

Fotolia



Für neueintretende Lehrerinnen und Lehrer soll es künftig ein attraktives Dienstrecht geben. Denn es ist wichtig, „junge Menschen wieder für den Beruf Lehrer zu begeistern“, so Bildungsministerin Claudia Schmied.

Bundes- und Landeslehrer im Vergleich			
Bund	Dienstgeber		Land
AHS, berufsbildende mittlere und höhere Schulen	Schulen		Volks-, Haupt- und Sonderschulen, Polytechnische und Berufsschulen
42.800	Anzahl		71.200
Universität	Ausbildung		Pädagogische Hochschule
Anfang 2.160	Bruttogehalt monatlich in Euro	Anfang	1.960
Ende 5.000		Ende	4.380
2,8 €	Kosten Mrd. Euro pro Jahr		3,4* €

Quelle: APA/BMUKK | Grafik: SPÖ

*Refundierung durch Bund

Bildungsministerin Claudia Schmied ist nach dem Verhandlungsstart optimistisch: „Ich freue mich über die Stimmung und Haltung zum gemeinsamen Projekt des neuen Dienst- und Besoldungsrechts“. Auch Fritz Neugebauer, Chef der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, ist „von der Stimmungslage durchaus optimistisch“. Gut so: Denn die Verhandlungen sollen bis zum Jahresende abgeschlossen sein, damit das neue Lehrer-Dienstrecht bereits ab dem Schuljahr

2012/13 in Kraft treten kann. Das neue Dienstrecht ist auch deshalb so wichtig, weil es Voraussetzung für eine Modernisierung der Schule ist, erklärt Ministerin Schmied. Eckpunkte des neuen Lehrer-Dienstrechts, das nur für neueintretende Lehrerinnen und Lehrer gilt, sind höhere Einstiegsgehälter und eine moderne Arbeitszeitregelung.

Die Verhandlungen mit den Lehrer-Vertretern erfolgen in bester sozialpartner-schaftlicher Tradition und mit gegenseit-

gem Respekt. „Ich bin überzeugt, dass es gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern gelingen wird, eine bessere Schule zu schaffen“, betont Bundeskanzler Werner Faymann.

Bei den kommenden Verhandlungen wird Ministerin Schmied gemeinsam mit Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek sowie VP-Staatssekretär Lopatka und VP-Bildungssprecher Amon die so genannte „Steuerungsgruppe“ bilden, die die Regierungslinie vorgibt. ♦

ORTSTAFELN

Lösung zum Greifen nah

Der Kärntner Ortstafel-Konflikt: Gibt es nach Jahrzehnten des Streits um die zweisprachigen Tafeln eine Einigung? Ein Kompromissvorschlag macht Hoffnung.

Staatssekretär Josef Ostermayer ist es gelungen, mit dem Kärntner Landeshauptmann Gerhard Dörfler einen historischen Kompromiss zu erzielen: Dort, wo mindestens 17,5 Prozent slowenisch sprechende Menschen wohnen, sollen zweisprachige Ortstafeln kommen. Jetzt geht es noch um die letzten Meter vor dem Ziel. Denn einige Slowenenvertreter sprechen sich gegen das Verhandlungsergebnis aus. Bundeskanzler Werner Faymann, der formal für die Ortstafelfrage zuständig ist, hält fest, dass Ostermayer in seinem Auftrag in der Ortstafelfrage soweit wie nie-

mand zuvor gekommen sei. In der jetzigen sensiblen Phase seien aber Zurufe von außen kontraproduktiv, sagt Faymann. Es gehe darum, alle einzubinden und vorsichtig vorzugehen: „Es ist jedenfalls wichtig, den Geist der Gemeinsamkeit über klein-kariertes Gegeneinander zu stellen.“ Auch Bundespräsident Heinz Fischer sprach sich in einem Interview mit dem slowenischen Fernsehen für den Ortstafel-Kompromiss aus: Der sei vielleicht nicht ideal, aber wenn diese Lösung nicht zustande komme und weitere Jahre gestritten werde, so sei ihm diese Lösung lieber. ♦



LPD Kärnten

Die Ortstafel-Verhandlungen sind so weit fortgeschritten, wie das keine Regierung zuvor zustande brachte (LH Gerhard Dörfler und Staatssekretär Josef Ostermayer).

BEHINDERTENSORT

Special Olympics-Reitteam im Hohen Haus

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und die SPÖ-Abgeordneten Ulrike Königsberger-Ludwig, Hermann Krist und Rudolf Plessl begrüßten das österreichische Special Olympics-Reitteam zu einem Besuch im Parlament.

Wir freuen uns, dass das österreichische Reitteam zu den Special Olympics Welsommer-spielen 2011 in Athen unserer Einladung zum Besuch des Parlaments so zahlreich gefolgt ist“, hielten die Nationalratspräsidentin und die drei SPÖ-Abgeordneten fest. Prammer, Königsberger-Ludwig, Krist und Plessl setzen sich für mehr mediale Berichterstattung über Behindertensport in Österreich und bei Großevents wie den Special Olympics ein.

Mehr Medienpräsenz für Behindertensport

Der Weinviertler Abgeordnete Rudolf Plessl, auf dessen Initiative der Besuch des Special Olympics-Reitteams im Parlament zurückgeht, betonte, dass, „die wirklich tollen Leistungen der Teilnehmer an den Special Olympics, ihrer Trainer und der vielen freiwilligen Helfer endlich vor den Vorhang gehören“. Nationalratspräsidentin



Die SPÖ-Abgeordneten Ulrike Königsberger-Ludwig, Hermann Krist und Rudolf Plessl machen sich für mehr Medienpräsenz für den Behindertensport stark. (Im Bild mit NR-Präsidentin Barbara Prammer und dem Special Olympics-Reitteam.)

Prammer und die drei SPÖ-Abgeordneten betonten unisono, dass gerade im Bereich des Behindertensports in Österreich noch viel Aufklärungsarbeit geleistet werden muss. Allerdings könne der Besuch ein Ausgangspunkt für eine tiefergehende Diskussion sein, an deren Ende mehr Medienpräsenz für die wirklich außergewöhnlichen Leistungen der Special Olym-

pics-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer Österreichs sichergestellt ist. ♦

INFO

Die 13. Special Olympics Welsommer-spiele finden vom 25. Juni bis 4. Juli 2011 in Athen statt.

GLEICHBEHANDLUNG

Keine Chance wegen ein paar Zentimetern?

Junge Frauen, die Polizistin werden wollen, scheitern oft am Kriterium Körpergröße. Die beiden SPÖ-Politikerinnen Ulrike Königsberger-Ludwig und Gisela Wurm kritisieren, dass die Richtlinien für Männer und Frauen nicht gleich fair sind.

Dürfen Männer zehn Zentimeter unter der durchschnittlichen Körpergröße sein, sind es bei Frauen gerade einmal vier Zentimeter. Das ist eine Diskriminierung der Frauen“, so SPÖ-Frauen- und Gleichbehandlungssprecherin Wurm und Nationalratsabgeordnete Königsberger-Ludwig in einem Brief an die zuständige Innenministerin Maria Fekter. Sie ersuchen Fekter, die unterschiedlichen Einstiegshürden für Frauen und Männer im Polizeidienst zu ändern.

Zeitgemäße Regelung notwendig

Österreichische Männer haben eine

durchschnittliche Körpergröße von 178 cm und müssen für den Polizeidienst eine Körpergröße von 168 cm aufweisen. Sie dürfen also zehn Zentimeter unter dem Durchschnitt liegen. Österreichische Frauen haben eine durchschnittliche Körpergröße von 167 cm, müssen für den Polizeidienst aber eine Mindestkörpergröße von 163 cm aufweisen. Sie dürfen also nur vier Zentimeter unter dem Durchschnitt liegen. „Die Abweichungsdifferenz ist sachlich nicht gerechtfertigt“, sagt Königsberger-Ludwig. „Diese Einstiegshürden müssen geändert werden. Es braucht eine zeitgemäße Regelung für Frauen und Männer“, fordert Wurm. ♦



Die beiden SPÖ-Abgeordneten Gisela Wurm und Ulrike Königsberger-Ludwig wollen, dass Schluss ist mit den unterschiedlichen Einstiegshürden für Frauen und Männer im Polizeidienst.



RECHTSEXTREMISMUS

Justiz auf rechtem Auge blind

Im Innen- und Justizministerium gibt es Aufklärungsbedarf angesichts des zu laschen Umgangs der Behörden mit rechtsextremen Straftaten.



NR-Abgeordneter Kurt Gaßner verlangt mehr Aktivitäten der Justiz bezüglich der „Nationalen Volkspartei“ und der Welser Bürgerliste „Die Bunten“.

Im vergangenen Jahr sind die Anzeigen von Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund stark angestiegen – plus 31,5 Prozent gegenüber 2009. Das bestätigt die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage an Innenministerin Fekter. Nationalratsabgeordnete Sonja Ablinger sieht daher Aufklärungsbedarf sowohl im Innen- als auch im Justizministerium: „In letzter Zeit blieben zu viele Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund unaufgeklärt und wurden von den Staatsanwaltschaften nur langsam bearbeitet“, kritisiert die Abgeordnete. Auch Oberösterreich ist von dieser Entwicklung betroffen. Im Februar 2009 und im März 2010 kam es zu neonazistischen Beschmierungen der KZ-Gedenkstätte Mauthausen. Trotz Hinweisen wurden bis heute keine Täter vom Landesamt

für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung Oberösterreich festgenommen.

Parlamentarische Anfragen sollen für Aufklärung sorgen

Nationalratsabgeordneter Kurt Gaßner ortet auch bezüglich des Verfahrens gegen Aktivisten der „Nationalen Volkspartei“ und der Welser Bürgerliste „Die Bunten“ Aufklärungsbedarf: „Warum werden hier von Seiten der Staatsanwaltschaft trotz schwerwiegenden Beweismaterials seit 19 Monaten keine konkreten Verfolgungshandlungen gesetzt?“ Aufschluss sollen nun zwei parlamentarische Anfragen an die Justiz- und Innenministerin bringen, die vergangene Woche im Plenum des Nationalrates eingebracht worden sind. ♦

RADHELMPFLICHT

Mehr Sicherheit für kleine Biker

SPÖ-Verkehrssprecher Anton Heinzl tritt für eine Radhelmpflicht für Kinder bis zum vollendeten 12. Lebensjahr ein. Durch einen gemeinsamen Initiativantrag mit der ÖVP soll diese noch vor Beginn der Radsaison umgesetzt werden.

Die Zahl der im Radverkehr verunglückten Kinder unter zwölf Jahren ist von 3.700 im Jahr 2005 auf 4.800 im Jahr 2009 gestiegen. Dabei war jede zweite Verletzung eine Verletzung des Kopfes. Um die kleinen Biker auf Österreichs Straßen und Wegen besser zu schützen, haben SPÖ und ÖVP einen gemeinsamen

Initiativeintrag eingebracht, der eine Radhelmpflicht für alle unter 12-Jährigen vorsieht. „Wenn alle Kinder Radhelme tragen, können 900 schwere Kopfverletzungen pro Jahr verhindert werden“, sagt Anton Heinzl zum Initiativantrag, der vor kurzem im Verkehrsausschuss beschlossen wurde. ♦

Die Radhelmpflicht bringt mehr Schutz und Sicherheit für die jüngsten Verkehrsteilnehmer.



Fotolia

NETZPOLITIK

Freie Netze, freies Wissen

Ob öffentliche Versorgung mit Breitbandinternet, Urheberrechte oder Technologien zur Demokratisierung: Sonja Ablinger und Elisabeth Hakel beschäftigen sich mit Netzpolitik.

Kultursprecherin Sonja Ablinger und die Bereichssprecherin für Kreativwirtschaft, Elisabeth Hakel, leiten im Nationalrat die Arbeitsgruppe zum Thema „Neue Netzpolitik“. Besonderes Augenmerk richtet sich dabei auf die Versorgung aller österreichischen Haushalte mit Breitband-Internet. „So wie die Öffentlichkeit Anschlüsse an Strom und Heizung garantiert, müsste auch die Versorgungssicherheit mit leistbarer Breitbandinternet-technologie zur Aufgabe der öffentlichen Hand gehören“, erklärte Ablinger bei einer Enquete des SPÖ-Parlamentsklubs zum Thema „Neue Netzpolitik“. In diesem Zusammenhang verweisen Ablinger und Hakel auf das Buch „Freiheit vor Ort: Handbuch kommunale Netzpolitik“. Gerade im Bereich der Kommunalpolitik gibt es viele neue Möglichkeiten und Herausforderungen im Umgang mit diesen technologischen Neuerungen. Die jungen Autoren beschäftigen sich eingehend mit fortschrittlicher Internet- bzw. Netzpolitik vor Ort. ♦

NR-Abg. Sonja Ablinger wirbt für die „Neue Netzpolitik“ und das Buch „Freiheit vor Ort: Handbuch kommunale Netzpolitik“ (2011, Open Source Press Verlag).



SPÖ

„Lex Kokoschka“, Kreisky und die Künstler



Bruno Kreisky war es ein Anliegen, Künstler zu unterstützen und zu fördern und öffnete vor allem für die zeitgenössische Kunst Türen.

Oskar Kokoschka, einer der bedeutendsten österreichischen Maler, lebte in den siebziger Jahren als englischer Staatsbürger in der Schweiz. Der einstige Wiener war von den Nazis geächtet, die ihn als „entarteten Künstler“ verfolgt hatten. Mit seiner Flucht nach London hatte er automatisch die österreichische Staatsbürgerschaft verloren. Für Bruno Kreisky war es nicht akzeptabel, dass der Künstler, dessen Werke in den bedeutendsten Galerien und Museen der Welt zu sehen waren, als Brite geführt wurde. Kokoschka selbst wollte zwar gerne wieder Österreicher sein, aber die britische Staatsbürgerschaft nicht aufgeben oder sonstige Auflagen erfüllen. Denn schließlich war ihm die österreichische Staatsbürgerschaft geraubt worden. 1973 wurde das Staatsbürgerschaftsgesetz geändert. Kreisky selbst nannte die Novelle in einem Brief an Kokoschkas Galeristen „Lex Kokoschka“. Damit wurde es möglich, dass von den Nationalsozialisten Vertriebene, deren Staatsbürgerschaft aberkannt wurde, repatriiert werden konnten. Einer österreichischen Staatsbürgerschaft Kokoschkas stand nur mehr das Hindernis eines nicht vorhandenen ordentlichen Wohnsitzes in Österreich entgegen. Kreisky löste dieses Problem, indem er den Maler kurzerhand per Meldezettel bei sich in der Armbrustergasse als wohnhaft anmeldete. Wenige Tage später war Kokoschka wieder Österreicher. Diese Geschichte steht exemplarisch für die große Bedeutung, die Kreisky den Künstlern und der Kultur entgegenbrachte. Auch für seinen mitunter unkonventionellen Zugang, wenn es darum ging, Unrecht abzustellen.

Ein Stück des Weges gemeinsam gehen

Bruno Kreisky war Kunst ein persönliches Anliegen. Bei einer großen Diskussionsveranstaltung des Bruno Kreisky Forums und der Tageszeitung „Der Standard“ im Wiener Burgtheater zum Thema „Kreisky und die Avantgarde“ betonte „Standard“-Chefredakteurin Alexandra Förderl-Schmid,



Der Kanzler und André Heller: Kreisky schätzte es, sich mit jungen Künstlern auszutauschen.

„Wie Österreich ausgesaut hat, bevor der drankam, das könnt ihr Jungen euch gar nicht vorstellen.“

André Heller

dass er die Künstler aufforderte „ein Stück des Weges gemeinsam zu gehen“. „Es gab ein Klima des Machens und Könnens“, beschrieb Kreiskys damaliger Pressesprecher Wolfgang Petritsch die Aufbruchstimmung der siebziger Jahre, die Bruno Kreisky initiierte und transportierte. Kreisky besuchte viele Veranstaltungen nur dann, wenn auch Künstler anwesend waren. „Er hat lieber mit Literaten gesprochen als mit so manchem politischen Betonkopf“, so Petritsch. Bei derselben Veranstaltung erläuterte der Theatermacher Erwin Piplits, welche Wirkung Kreiskys Regierungsantritt hatte. Piplits war aus dem engstirnigen und konservativen Österreich nach Kopenhagen ausgewandert. Der Anruf eines Freundes führte zu seiner Rückkehr: Kreisky komme an die Macht, jetzt gibt es neue Perspektiven. Und tatsächlich, Kreisky hat einiges für die Kunstförderung getan. Das Budget wurde erhöht, ohne die traditionelle Kunst zu beschneiden, wurde die zeitgenössische

Kunst protegiert. Die Kulturverwaltung wurde von Beamten hin zu Jurys mit progressiven Fachleuten und Künstlern verlagert. Das insgesamt innovative Klima machte schließlich auch neue, unkonventionelle Initiativen fern der „Staatskunst“ möglich.

Ein „österreichischer Irrtum“

Eine langjährige und sehr persönliche Beziehung pflegte Kreisky zu André Heller. Schon ihre erste Begegnung verlief ganz im Kreisky-Stil. Der Bundeskanzler hatte den damals vielversprechenden jungen Mann kontaktiert und schließlich – bei Kipferl und gehacktem Ei – einen langen Vortrag über die Februar-Aufstände, Churchill und Lenin gehalten.

Heller bezeichnete Kreisky, den er wegen seiner sehr spezifischen Herangehensweise zur Politik und seiner Leistungen äußerst schätzte, einmal als „österreichischen Irrtum“, als „Fehler im System“. Im Buch- und DVD-Projekt von Helene Maimann anlässlich Kreiskys 100. Geburtstag sagte Heller, was Viele über Kreisky denken: „Wie Österreich ausgesaut hat, bevor der drankam, das könnt ihr Jungen euch gar nicht vorstellen.“ ♦

Prosa

Das Bohren harter Bretter

Der Autor und Filmemacher Alexander Kluge erzählt 133 kurze Geschichten über das „Politische“.

Von Max Weber stammt der berühmte Satz, Politik sei „ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“. Von ihm ausgehend untersucht Kluge jene Werkzeuge, die politisch agierenden Menschen im harten Kampf um die Macht zur Verfügung stehen. Für intelligente Zähigkeit als Voraussetzung politischer Veränderung ist Webers Bild vom Bohrer gewiss geeignet. Was ist aber ein Hammer im politischen Geschäft? Was heißt „Feingriff“? Zuletzt führen alle Fragen

zu einer: Was ist dieses „Politische“ überhaupt? Politik, sagt Kluge, ist ein besonderer Aggregatzustand alltäglicher Gefühle. Sie ist überall. Sie bewegt private Lebensläufe ebenso wie die Öffentlichkeit. Und so behaupten sich in seinen Geschichten neben den Großen auch die Kleinen, die Unbekannten: Elfriede Eilers neben Perikles und Putin und die in 700 Meter Tiefe versunkenen chilenischen Bergleute neben Napoleon, Obama und Angela Merkel, der „Kanzlerin am falschen Ort“. ♦

Landwirtschaft

Ernährungssouveränität

Das globalisierungskritische Netzwerk „attac“ stellt eine Alternative für eine gemeinsame europäische Agrarpolitik vor.

Die europäische Landwirtschaftspolitik steht zur Diskussion: 2013 sollen die europäischen Landwirtschaftsminister eine neue gemeinsame Agrarpolitik (GAP) beschließen. Seit Jahren steht diese im Kreuzfeuer der Kritik. Der Großteil der öffentlichen Gelder fließt in die Hände von Großgrundbesitzern und an die exportorientierte Lebensmittelindustrie. Die fortschreitende Industrialisierung und Überproduktion in Europa zerstört die Landwirtschaft des globalen Südens. Deshalb bezweifeln viele

Menschen die Sinnhaftigkeit einer solchen Agrarpolitik. Im Zentrum des Buchs steht das Konzept der Ernährungssouveränität, das eine Alternative zur derzeitigen Agrarpolitik der EU darstellt. Dieser Ansatz orientiert sich an einem ökologisch und sozial nachhaltigen Landwirtschafts- und Lebensmittelsystem, das gesunde Lebensmittel für alle erzeugt und den Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, ein gerechtes Einkommen durch den Verkauf ihrer Produkte sichert. ♦

Polit-Satire

Unschuldsvermutung

Der Kabarettist Florian Scheuba legt mit „Unschuldsvermutung“ die Buchversion eines überaus erfolgreichen Bühnenstücks vor.

„Unschuldsvermutung“ ist die Momentaufnahme eines Sittenbildes sowie Zwischenbilanz einer täglich umfangreicher werdenden Skandal-Chronik der Republik Österreich. Ziel des Buches ist es, Bemerkenswertes nicht in einer Flut von Information und Desinformation untergehen zu lassen. Scheuba lädt in dem Stück als Kunstfigur Heinz Conrads zum gemütlich-gesellschaftlichen Abend bei Musik und Plaudereien mit den größten Unschuldslämmern Österreichs. Und was Karl-Heinz

Grasser, Julius Meinl V., Alfons Mensdorff-Pouilly & Co. von sich geben, wurde auch tatsächlich gesagt – in Interviews, selbst verfassten Liedern und Gedichten, bei gerichtlichen Einvernahmen oder vor Untersuchungsausschüssen. „Für Scheuba gilt keine Unschuldsvermutung. Er trägt Mitschuld daran, dass die Mauseleien ans Licht der Öffentlichkeit geraten. Der Begriff der politischen Bühne bekommt durch ihn eine neue Bedeutung“, sagt „Falter“-Aufdecker Florian Klenk über den Autor. ♦

☐ Stk.


Alexander Kluge:
Das Bohren harter Bretter.
133 politische Geschichten.
Suhrkamp Verlag, Berlin 2011;
336 S., 25,60 €

☐ Stk.


Choplin/Strickner/Trouné (Hg.):
Ernährungssouveränität.
Mandelbaum Verlag;
Wien 2011; 127 S., 9,90 €

☐ Stk.


Florian Scheuba:
Unschuldsvermutung. Heinz Conrads präsentiert Österreichs reinste Lamperln.
Amalthea Verlag, Wien 2011;
99 S., 14,95 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



WIEN

Volle Power für Lehrlinge



„Mission Lehrlingspower“: SPÖ Wien-Lehrlingssprecher Christoph Peschek (r.) und Rapper Massimo Schena (l.) bei einer Aktion vor der ÖVP-Zentrale.

SPÖ Wien



gebaut.

Die SPÖ-Kampagne „Mission Lehrlingspower“ war ein voller Erfolg: Die neue Berufsschule in der Embelgasse wird trotz ÖVP-Widerstand

„Geht's den Lehrlingen gut, geht's der Wirtschaft gut“, sagt der Lehrlings- und Jugendsprecher der SPÖ Wien, LAbg. Christoph Peschek. Der Neubau Embelgasse symbolisiert für ihn den Aufbruch in eine neue Lehrlingspolitik: Die topmoderne Berufsschule soll eine qualitativ hochwertige Ausbildung ermöglichen und die Basis für qualifizierte Fachkräfte bilden. Völlig unverständlich ist für Peschek daher, dass die Wiener ÖVP bis zum Schluss bei ihrem kategorischen „Nein“ zu dieser modernen Berufsschule geblieben ist: „Gerade in der Frage der

Verbesserung der Lehrausbildung müssen doch alle Wiener Parteien an einem Strang ziehen“, so Peschek. Genützt hat der ÖVP ihre Blockadehaltung nicht: In der letzten Gemeinderatssitzung wurde der Neubau der Berufsschule für Verwaltungsberufe beschlossen.

Mission erfüllt

Zurückzuführen ist das auf das große Engagement der Wiener SPÖ Jugendkoordination und der Wiener Jugend der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen. Mit eigenem Rap-Song, Facebook-Seite und Unterschriftenaktion gelang es, die notwendige Unterstützung zu mobilisieren. Die „Mission Lehrlingspower! Ganz Wien für die neue Berufsschule!“ wurde damit zu 100 Prozent erfüllt. ♦

STEIERMARK

Urlaub zum Nulltarif



Acht Tage Gratis-Urlaub in der „Grünen Mark“. Das bietet auch heuer wieder die Initiative für bedürftige Seniorinnen und Senioren von Soziallandesrat Siegfried Schrittwieser.

Seit über 30 Jahren gibt es die vom Sozialressort der Steirischen Landesregierung durchgeführte Urlaubsaktion schon. Sie bietet Seniorinnen und Senioren, deren Haushaltsbudget knapp ist, eine Möglichkeit, „auch einmal aus den eigenen vier Wänden herauszukommen und sich für ein paar Tage zu erholen“, erklärt Schrittwieser. Für die Aktion anmelden können sich alleinstehende Senioren, die nicht mehr als 793,40 Euro beziehen bzw. Verheiratete und Lebensgemeinschaften mit einem Einkommen von maximal 1.189,56 Euro. Mehr Infos unter www.soziales.steiermark.at. ♦



Bilderbox

Rund 2.100 Frauen und Männer erhalten mit der Urlaubsaktion die Gelegenheit, acht Tage in einem steirischen Gasthof zu verbringen.

VORARLBERG

„BürgerInnen sparen clever“



Bürgerinnen und Bürger wissen, wo in ihrem Land oder ihrer Gemeinde gespart werden könnte. Die SPÖ Vorarlberg hat daher die Kampagne „BürgerInnen sparen clever“ gestartet, um ihre Spar-Ideen zu sammeln.

Die Bürger werden eingeladen, ihre Vorstellungen vom Sparen in Vorarlbergs Ämtern und Kommunen zu Papier zu bringen. Per Fragebogen werden die Ideen für Einsparungsmöglichkeiten auf Landes-, Bezirks- oder Gemeindeebene festgehalten. Die Vorschläge werden gesammelt, mit Experten diskutiert und auf ihre Umsetzbarkeit überprüft. Das Ziel: mehr Bürgernähe und der Abbau von Doppelgleisigkeiten, um

Steuergeld zu sparen.



SPÖ Vöbg

Der Vorsitzende der SPÖ Vorarlberg LAbg. Michael Ritsch weiß: „Um die Aufgaben der öffentlichen Hand auch weiterhin erfüllen zu können, braucht es mittel- und langfristig wieder gesunde Finanzen.“ ♦

LABg. Michael Ritsch will die Vorarlberger stärker einbinden.

KÄRNTEN

Nichtrauchen leicht gemacht



Eine neue Initiative des Kärntner LH-Stv. und Gesundheitsreferenten Peter Kaiser bietet Unterstützung beim Rauch-Stopp. Bei einer Aktion im Villacher Einkaufszentrum Atrio informierte er über Raucherausstiegshilfen und die Vorteile eines rauchfreien Lebens.



LH-Stv. Peter Kaiser bietet den Kärntnerinnen und Kärntnern mit Rauch-Stopp-Gruppen die Chance, endlich vom Glimmstängel wegzukommen. Unterstützt wird seine Initiative auch von LRin Beate Prettnner (ganz rechts).

„Mit dem Rauchen aufzuhören ist kinderleicht. Ich habe es schon hunderte Male geschafft!“ Wie einst dem amerikanischen Schriftsteller Mark Twain ergeht es heute auch tausenden Österreichern, die mit dem Rauchen aufhören wollen. „Aktuellen Studien zufolge haben sich 28 Prozent aller Raucherinnen und Raucher in Österreich schon einmal mit dem Rauchausstieg beschäftigt. 32 Prozent haben es mindestens

schon einmal erfolglos probiert“, weiß Kaiser.

Professionelle Raucherentwöhnung

Auf seine Initiative hin bietet der Verein „Gesundheitsland Kärnten“ jetzt spezielle

Rauch-Stopp-Gruppen an. „Wir wollen all jene, die den Entschluss gefasst haben, auf den ‚blauen Dunst‘ zu verzichten und ein rauchfreies und gesundes Leben zu führen, professionell unterstützen“, erklärte Kaiser im Rahmen der Live-Aktion im Villacher Atrio, bei der über die Initiative informiert wurde. Die Treffen dieser Gruppen finden wöchentlich statt und werden von einer Rauchentwöhnungstherapeutin begleitet. Über den gesamten Zeitraum von fünf Wochen werden Tipps und Informationen

für die schwierige Phase der Entwöhnung angeboten. Die Kosten: günstige 24 Euro, also in etwa der Preis von sechs Schachteln Zigaretten. Die Kampagne wirkt nicht belehrend auf Raucher, sondern betont die Vorteile eines rauchfreien Lebens: Mehr Gesundheit, Freiheit und auch Geld für wirklich Sinnvolles. ♦

SALZBURG

Aus Alt mach Neu



Jährlich werden ca. 1.600 Tonnen kleine Elektrogeräte wie z.B. Handys weggeworfen. Die Alternative zum Neukauf: Geräte reparieren lassen oder ausleihen.

Viele Heimwerker- oder Sportgeräte werden nur wenige Stunden im Jahr eingesetzt. Solche Geräte auszuleihen wäre eine gute Alternative zum Neukauf. Auch der Erwerb gebrauchter Produkte spart Geld und Rohstoffe. „Reparieren und Ausleihen sind etwas aus der Mode gekommen. Das liegt hauptsächlich daran, dass die entsprechenden Angebote zu wenig bekannt sind. Viele Produkte werden schon bei kleinen Defekten weggeworfen“, bedauert Umweltschutzreferent LR Walter Blachfellner. Einen Reparatur- oder Verleihbetrieb oder einen Secondhandshop findet man ganz einfach unter www.reparaturfuehrer-salzburg.at. Betriebe können sich kostenlos selbst im Reparaturführer eintragen. ♦

picturedesk



Geräte reparieren zu lassen „unterstützt lokale Reparaturbetriebe und sichert damit wichtige regionale Arbeitsplätze in Salzburg“, so LR Walter Blachfellner.

TIROL

Beim Sport ganz vorn



1,5 Millionen Euro stellt das „Sportland Tirol“ heuer für die Förderung von Athleten, Dachverbänden, und Leistungszentren bereit.

Tirol ist in zahlreichen Sportarten ganz vorn mit dabei. Und auch, was die Sportförderung betrifft: „Das Land Tirol unterstützt die Leistungen der Athletinnen und Athleten auf vielfältige Weise“, so Sportreferent LH-Stv. Hannes Gschwentner. 2011 erhalten Tirols Leistungs- und Kaderzentren mehr als 600.000 Euro an Fördermitteln. Die Basisförderung für den Mannschafts- und Teamsport beträgt über 400.000 Euro. Mit mehr als 350.000 Euro werden die drei Tiroler Sport-Dachverbände unterstützt. 125.000 Euro Jahressubvention erhält der Skipool Tirol für die Förderung und Weiterentwicklung des Skisports. ♦



Bilderbox

Mit 400.000 Euro Basisförderung wird in Tirol der Mannschafts- und Teamsport unterstützt.



Der Atom-Ausstieg ist notwendig und möglich

Jahrzehntelang wurde die europäische Bevölkerung eingelullt: Kernenergie sei sicher und das Risiko beherrschbar. Unter dem Deckmantel des Klimaschutzes haben es die Atom-Lobbyisten in den letzten Jahren sogar geschafft, dass die Laufzeit von Meilern verlängert und neue geplant wurden.

„Nukleare Sicherheit ist eine europäische Frage.“

Nun werden wir täglich mit Hiobsbotschaften aus Japan konfrontiert, wo die Folgen des Erdbebens und des Tsunamis bei sogenannten „sicheren“ Reaktoren inzwischen zur weiträumigen radioaktiven Verseuchung des Meeres und des Grundwassers geführt haben und den Lebensraum von mehr als 30 Millionen Menschen gefährden. Auch Europas Atommeiler stehen in dicht besiedelten Regionen. Laut Experten liegt die Wahrscheinlichkeit eines Superg-GAUs in den nächsten 60 Jahren bei einem Prozent – ein Fall, der jederzeit, auch morgen, eintreten kann. Auch hat sich bei vergangenen Reaktorunfällen immer wieder gezeigt, dass manche Risiken unvorhersehbar waren. Gerade weil sich der Eintritt eines Störfalls zu einer unbeherrschbaren und weiträumigen Katastrophe entwickeln kann, ist es unverständlich, dass die Europäische Union in der Frage der Sicherheit von Kernkraftwerken nichts mitzureden hat. Während die Entsorgung von Joghurtbechern europaweit geregelt ist, gilt dies nicht für die Lagerung und Entsorgung von hochradioak-



Reaktorunfälle in der Vergangenheit haben gezeigt: Sichere Kernenergie gibt es nicht. Ein Störfall kann sich zu einer unbeherrschbaren und weiträumigen Katastrophe entwickeln.

tivem Atom Müll. Alle Entscheidungen über Atomenergie sind in die Euratom-Gesellschaft ausgelagert, die sich, unbeeindruckt von Harrisburg und Tschernobyl, seit 1957 die Förderung der Energieerzeugung aus Kernkraft auf die Fahnen geschrieben hat. Seit langem setzen sich die Naturfreunde für ein Umdenken und für einen geordneten Ausstieg aus der Kernenergie ein. Die Lösung liegt in einer beschleunigten Energiewende – mehr Effizienz bei der Ener-

gienutzung und -erzeugung und vermehrte Investition in erneuerbare Energiequellen, aber auch in Speichertechnologien und Transportnetze. Nukleare Sicherheit ist eine europäische Frage. Euratom muss in eine Agentur für nachhaltige Energiegewinnung und Energieeffizienz umgewandelt werden. Dass dies legislativ schwierig ist, darf uns nicht beirren. Jetzt gilt es, die europäische Bevölkerung für einen Atomausstieg zu mobilisieren. Die von Bundeskanzler Werner Faymann und SPD-Chef Sigmar Gabriel geplante europäische Bürgerinitiative wird ein wichtiger Beitrag dazu sein. Die internationale Naturfreunde Bewegung mit ihren mehr als 500.000 Mitgliedern wird sie mit voller Kraft unterstützen. ♦

Manfred Pils ist Energieexperte und Präsident des internationalen Dachverbands der Naturfreunde Bewegung (Naturfreunde Internationale).

Neues zum „Österreich 2020“-Prozess

Bildung war zuletzt im Fokus der Initiative „Österreich 2020“. Ministerin Claudia Schmied diskutierte bei „Österreich 2020“-Zukunftsdiskurs-Veranstaltungen mit Interessierten in der Steiermark, Tirol und Vorarlberg. Nächste Woche stellt sie sich gemeinsam mit Bildungsexpertinnen und -experten in Niederösterreich, Salzburg und im Burgenland den Publikumsfragen.

In „SPÖ Aktuell“ und auf www.oe2020.at schrieb die Künstlerin Anna Badura über kulturelle Bildung, die Bildungspsychologin Christiane Spiel zu Geschlechtsunterschieden im Bildungssystem und SPÖ-Sportsprecher Hermann Krist über Sport in der Schule. Friedrich Graf-Götz vom Renner-Institut resümierte die Bildungstalks 2010 und gab einen Ausblick auf den Zukunftsdiskurs-

Bildung 2011. Aus aktuellem Anlass haben wir heute einen Kommentar des Energieexperten Manfred Pils veröffentlicht, der den Atom-Ausstieg für notwendig und machbar erklärt. Internationale Themen und europäische Initiativen werden auch in den nächsten Wochen im Fokus von „Quergeschrieben“ und dem „Ö2020-Meinungsforum“ stehen. ♦

TERMINKALENDER



**Montag, 11. 4. bis
Mittwoch, 13. 4.**

Österreich 2020-Zukunfts- diskurse Bildung

Österreich2020 setzt in den nächsten Wochen einen Schwerpunkt auf den Bereich Bildung. Dabei wird Bildungsministerin Claudia Schmied Podiumsdiskussionen in ganz Österreich besuchen. Details zu den Veranstaltungen unter www.oe2020.at

Montag, 11. 4. – Niederösterreich

Zukunftsdiskurs Bildung zur Neuen Mittelschule mit u.a. BM Claudia Schmied, LHStv. Sepp Leitner. Anmeldung unter moedling@spoe.at
Beginn: 19 Uhr
Jubiläumshalle Biedermannsdorf,
Siegfried-Ludwig-Platz 1

Dienstag, 12. 4. – Burgenland

Zukunftsdiskurs Bildung mit u.a. BM Claudia Schmied, Landesrätin Verena Dunst. Anmeldung unter tamara.zsoldos@spoe.at
Beginn: 18 Uhr
Rotes Haus Eisenstadt,
Permayerstraße 2

Mittwoch, 13. 4. – Salzburg

Zukunftsdiskurs Bildung mit u.a. BM Claudia Schmied und LH Gabi Burgstaller. Anmeldung unter alexander.neunherz@renner-institut.at
Beginn: 19 Uhr
Leopold-Kohr Hauptschule Oberndorf
Josef-Mohr-Straße 8

Montag, 11. 4.

Diskussion: „Österreich Morgen. Welche Gesellschaft wollen wir?“

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer lädt zu einem Vortrag und einer Diskussionsveranstaltung ins Parlament, die sich mit den Auswirkungen der demografischen Verschiebungen und zunehmenden Wanderungsströmungen befasst. Das Impulsreferat zum Thema „Österreichs Menschen 2030“ hält Wolfgang Lutz, Direktor des Wiener Instituts für Demografie, Österreichische Akademie der Wissenschaften. An der anschließenden Publikumsdiskussion nimmt u.a. Nationalrats-Abgeordnete Elisabeth Hakel teil. Moderiert wird die Veranstaltung von der Journalistin Anneliese Rohrer.

Anmeldung: Eine verbindliche Anmeldung ist erforderlich. Bis spätestens 4. April unter: veranstaltungen08@parlament.gv.at

Beginn: 18 Uhr

Ort: Parlament, Lokal VI,
Dr. Karl Renner Ring 3,
1010 Wien

Donnerstag, 14. 4. bis Freitag, 15. 4.

Europäisches BürgerInnen-Forum

Das Renner-Institut, das Informationsbüro des Europäischen Parlaments für Österreich und die Vertretung der Europäischen Kommission laden zum Europäischen BürgerInnen-Forum „Die neue EU-Grundrechtarchitektur nach dem Vertrag von Lissabon“. Die Tagung soll unter anderem der Frage nachgehen, welche Anforderungen sich für den nationalen Grundrechtsschutz ergeben und welche Rolle die Zivilgesellschaft

dabei spielen kann. Unter der Schirmherrschaft von Staatssekretär Josef Ostermayer diskutieren u. a. SPÖ-EU-Abgeordnete Evelyn Regner, Volksanwalt Peter Kostelka, Maria Berger, Richterin am EuGH und Florian Klenk, stv. Chefredakteur „Falter“.

Schriftliche Anmeldung unter walla@renner-institut.at oder Fax: 01/804 08 74

**Beginn: Donnerstag, 14.4., um 13.30 Uhr,
Freitag, 15.4., um 8.30 Uhr**
Haus der Europäischen Union,
Wipplingerstraße 35,
1010 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,
Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger,
Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,
Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung,
Philipp Lindner, Mag^a Sophia Schönecker,
Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber
Bildredaktion: Emil Goldberg
Layout: Thomas Lehmann
Coverfoto: Fotolia
Bildbearbeitung: Max Stohanzl
Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275
Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &
Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt,
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

NET NEWS

www.atomausstieg.at

SPÖ unterstützt www.atomausstieg.at

Für den europaweiten Kampf gegen die Atom-Lobby braucht es ein schlagkräftiges Bündnis mit breiter Unterstützung aus allen Teilen der Bevölkerung. Bundeskanzler Werner Faymann will deshalb neben der SPD und anderen sozialdemokratischen Parteien in Europa auch NGOs, Umweltorganisationen sowie konservative und Grün-Parteien für die europaweite Bürgerinitiative gewinnen. Eine der NGOs, mit der sich

eine Allianz in Sachen Atom-Ausstieg anbietet, ist GLOBAL 2000. Deshalb unterstützt die SPÖ die GLOBAL 2000-Petition www.atomausstieg.at. Bei Redaktionsschluss hatten bereits über 66.800 Menschen die Petition unterstützt. Laufend aktuelle Informationen zur SPÖ/SPD-Initiative für den europaweiten Atom-Ausstieg sind unter www.spoe.at/ausstieg-aus-der-atom-energie.html zu finden. ♦





Doppeltes Erlebnis

Seit kurzem gibt es „Madame Tussauds“ Wachsfigurenkabinett auch in Wien. Bundespräsident Heinz Fischer besichtigte seinen „Doppelgänger“ und kam zu folgendem Ergebnis: „Ich finde, es ist großartig gemacht“.



Höchst präzis

Weltraumtechnologie verlangt höchste Präzision. Genau dafür steht das Wiener Unternehmen „Ruag Space“, das Infrastrukturministerin Doris Bures besuchte. „Ruag Space“ baut die Lenkung für die Merkur-Sonde „BepiColombo“.



Gute Basis

Sportminister Norbert Darabos (im Bild u.a. mit Snowboardstar Claudia Riegler, 2. v. re.) präsentierte vor kurzem die Initiative „Sport mit Perspektive“. Kostenlose Beratung und Unterstützung bilden eine gute Basis, die ehemaligen Spitzensportlerinnen und Spitzensportlern den Weg ins Berufsleben ebnet.

In Rauris

Die Rauriser Literaturtage boten auch heuer wieder zahlreiche Lesungen renommierter Autoren. Kulturministerin Claudia Schmied nutzte die Gelegenheit, persönlich mit bedeutenden Schriftstellerinnen und Schriftstellern (u.a. Marlene Streeruwitz, re. im Bild) ins Gespräch zu kommen.

